

11.03.04

Antrag

des Freistaates Bayern

Jahresgutachten 2003/2004 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und Jahreswirtschaftsbericht 2004 der Bundesregierung Leistung, Innovation, Wachstum

Top 59a und b der 797. Sitzung des Bundesrates am 12. März 2004

Der Bundesrat möge beschließen:

Ziffer 40 der Empfehlungen der Ausschüsse in Drucksache 89/1/04 ist wie folgt zu fassen:

"40. Auch die Kosten für die Arbeitslosenversicherung müssen reduziert werden. Die Bundesregierung setzt die Höchstbezugsdauer von Arbeitslosengeld ab 2006 von derzeit 32 Monate auf 18 herab. Dies kann nur ein erster Schritt sein. Zusätzlich sollten in der Arbeitslosenversicherung Wahltarife eingeführt werden, die in der Konsequenz zu niedrigeren Beiträgen führen; das Prinzip der Versicherungspflicht sollte jedoch beibehalten werden."

Begründung (nur gegenüber dem Plenum):

Es handelt sich lediglich um eine redaktionelle Klarstellung des Gewollten.